

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Adresse: (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.i.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 31/90 du 30.07.1990

- 1) Besuch der Vorsitzenden der DDR-Volkskammer Sabine Bergmann-Pohl in der Schweiz, 23. - 26.7.1990
 - 2) Besuch Staatssekretaer Jacobis in Japan
 - 3) Vorbereitungs Komitee fuer das KSZE-Gipfeltreffen
 - 4) Beteiligung der Schweiz an den Verwaltungskosten der Vereinten Nationen
-
- 1) Besuch der Vorsitzenden der DDR-Volkskammer Sabine Bergmann-Pohl in der Schweiz, 23. - 26.7.1990

Gastgeber der Delegation aus dem DDR-Parlament war NR-Praesident Ruffy, Verantwortung und Durchfuehrung der viertaegigen Studienreise durch die Schweiz lag entsprechend bei den schweizerischen Parlamentsdiensten. Am Mittwoch, 25.7., unterbrach BRF indes eigens seine Ferien, um Frau Bergmann (B) und ihre aus CDU-, SPD-, Liberalen und PDS-Parlamentariern zusammengesetzte Delegation zu einem kurzen Gespraech im Bundeshaus zu empfangen. BRF, begleitet

Datum: 30.07.1990

Visum:

Tel. intern: 30 53

P. Henkel

Dodis



Referenzen und Initialen

Adressen (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>				
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender _____ Seite-Nr. 2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

von Meier (GS), Woker (PA I), Pache (P.+I.) und Combernous, legte in seinen Begrüßungsworten Nachdruck auf positive Würdigung der Vereinigung, ihre Einbettung in europäische Strukturen sowie das neue und vielversprechende nachbarschaftliche Verhältnis mit einem Deutschland vom Bodensee zur polnischen Grenze. B hob ihrerseits Bedeutung hervor, nach 40 Jahren des Eingesperrtseins wieder frei reisen und gute Nachbarn besuchen zu können, von denen namentlich normale demokratische Gepflogenheiten gelernt werden könnten. Auch weitere Delegationsmitglieder unterstrichen ihr Bedauern nach nun endlich möglichen diplomatischen und persönlichen Kontakten, was Delegation bewogen habe, trotz akuter Krise zu Hause (Koalitionsstreit) ihre Schweizer Reise wie geplant durchzuführen.

2) Besuch Staatssekretär Jacobis in Japan

Staatssekretär Jacobi hielt sich zwischen dem 21. und 27.7.1990 in Japan auf. Am 24.7. vertrat er den Bundesrat anlässlich des offiziellen Schweizer Tages an der Gartenbau-Weltausstellung von Osaka, wo der schweizerische Pavillon gemäss Angaben von japanischer Seite auf grosses Publikumsinteresse stoesst. In Tokio ist er am 25.7. von Aussenminister Nakayama zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen worden und pflegte anschliessend mit Vize-Aussenminister Owada einen ausgedehnten Gedankenaustausch ueber die politischen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen

5.37 30000 30055

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____

Referenzen und Initialen:

Adresse (für Telex an Dritte):

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

Raum. Ueber die Lage in China und der Sowjetunion sowie ueber die Entwicklungen in Europa. Auch bilaterale Probleme im Handels- und Wirtschaftsbereich wurden kurz gestreift. Des weiteren traf Jacobi seinen frueheren Kollegen aus Washington und auch Berater des Premierministers, Nobuo Matsunaga, zu einem Gespreach, das auch den von Matsunaga zu einem Durchbruch gefuehrten erfolgreichen SII-Verhandlungen gewidmet war. Am 26.7. nahm er diese Fragen mit Vizeminister Suzuki vom MITI auf, der keine Bereitschaft eines japanischen Entgegenkommens bei den auf unseren Skischuhexporten lastenden hohen Zollssetzen zeigte. Jacobi hatte im weiteren Gelegenheit, mit Vizeminister Utsumi vom MOF die Frage eines Beitritts der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen zu eroertern. Anlaesslich eines von der japanisch-schweizerischen Industrie- und Handelskammern organisierten Mittagessens hielt Jacobi einen Vortrag ueber die schweizerisch-japanischen Beziehungen in einer sich rasch wandelnden Welt. (ausfuehrliche Gespraechsnotizen in Teil II).

3) Vorbereitungskomitee fuer das KSZE-Gipfeltreffen

Am 27. Juli ging in Wien die erste Runde des Vorbereitungskomitees (PrepCom) fuer das KSZE-Gipfeltreffen vom 19. - 21. November 1990 in Paris zu Ende. Wie an den beiden KSZE-Konferenzen ueber Wirtschaft in Bonn und ueber die menschliche Dimension in Kopenhagen kam auch hier der Wille aller 35 KSZE-Teilnehmerstaaten zur

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern: _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Text an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Fakture	Text erg.	R.L.	Absender	Seite-Nr.
<input type="checkbox"/>	_____	4				
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

Zusammenarbeit deutlich zum Ausdruck. So gelang es dem PrepCom in knapp drei Wochen, die Tagesordnung fuer das Gipfeltreffen zu erstellen und Elemente fuer ein oder mehrere Dokumente, die in Paris verabschiedet und unterzeichnet werden sollen, zu erarbeiten sowie seine eigene Arbeitsstruktur festzulegen.

Bei der Tagesordnung war namentlich umstritten, ob aussereuropaeische Mittelmeerstaaten und ausser der UNO auch andere internationale Organisationen mit Rederecht zum Gipfeltreffen eingeladen werden sollten. Vorlaeufig konnte ein Kompromiss gefunden werden, indem die Mittelmeerstaaten ihre Anregungen im PrepCom einbringen sollen und die Generalsekretaerin des Europarats in einer noch festzulegenden Art und Weise einen Beitrag leisten kann.

Das "Non-Paper" mit Elementen fuer ein oder mehrere Dokumente ist in vier Kapitel aufgegliedert. Es beginnt mit einem programmatischen Teil zu einem demokratischen, friedlichen und vereinigten Europa und der Rolle des KSZE-Prozesses bei den Veraenderungen auf unserem Kontinent. In einem zweiten Teil sollen Richtlinien fuer die kuenftige Entwicklung des KSZE-Prozesses aufgestellt und in einem dritten Teil die dafuer erforderlichen Strukturen erarbeitet werden. Der vierte Teil ist dem "Follow up" des Pariser Gipfels gewidmet.

Das PrepCom wird seine Arbeit ab 4. September in Wien fortsetzen.

117 80 000 30665

Datum	_____	Visum	_____
Teil intern	_____		

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Ja

Nein

Norm.

Dring.

Flash

5

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Den Dokumentelementen entsprechend sollen drei Arbeitsgruppen eingesetzt werden, denen allmaehlich eine vierte Gruppe zur Koordinierung des gesamten Texts uebergeordnet wird. Bei der Bestimmung der Koordinatoren - traditionsghemaess in der KSZE eine Aufgabe der Neutralen - versuchte Oesterreich wie schon in Kopenhagen, mit Hilfe der Pentagonale Koordinatoren von ausserhalb der N+N-Gruppe zu unterstuetzen. Doch setzten sich nach harten Diskussionen jene Delegationen durch, die an der bewaehrten Aufteilung unter die Neutralen festhielten. Somit wird die Schweiz die Richtlinien fuer die Zukunft des KSZE-Prozesses koordinieren, waehrend Schweden den programmatischen Teil, Finnland die Institutionalisierung uebernimmt und Oesterreich die uebergeordnete Gruppe leiten wird.

Die jetzt festgelegten Elemente koennen im Verlauf der Verhandlungen noch abgeaendert und ergaenzt werden. Bei der Institutionalisierung scheint sich fuers erste in unserem Sinn eine leichte Form mit vermehrten Treffen auf verschiedenster Ebene und einem kleinen Sekretariat sowie allenfalls einem Zentrum zur Konfliktverhuetung durchzusetzen.

Der schweizerische Vorschlag eines Expertentreffens ueber Minderheiten 1991 fand bei zahlreichen Delegationen erneut grosse Unterstuetzung, konnte aber wegen des amerikanischen Widerstandes nicht in die Elemente aufgenommen werden, da die USA alle zusaetzlichen Treffen vor dem Folgetreffen 1992 in Helsinki strikte

Datum: _____

Visum: _____

Teil intern: _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert <input type="checkbox"/>		Priorität <input type="checkbox"/>		Faktura <input type="checkbox"/>		Text erg. <input type="checkbox"/>		F.I. <input type="checkbox"/>	
Ja	Nein	Norm	Dring.	Flash					

Absender Seite-Nr.

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

ablehnen. Die Bemuehungen, Washington doch noch umzustimmen, gehen indessen weiter.

4) Beteiligung der Schweiz an den Verwaltungskosten der Vereinten Nationen

Die Schweiz gehoert einer Reihe von Organen der UNO an, deren Verwaltungskosten aus dem ordentlichen Budget der Vereinten Nationen finanziert werden (z.B. IGH, UNEP, UNCTAD, ECE, HCR). Waehrend die Mitgliedstaaten ihren Kostenanteil in Form des Mitgliederbeitrages im voraus zu bezahlen haben, wurden die Verwaltungskostenanteile der Nichtmitgliedstaaten in der Vergangenheit aufgrund der effektiven Kosten fuer jedes einzelne Organ ermittelt und mit einer Verspaetung von rund 2 Jahren in Rechnung gestellt. Im Bestreben, dieses komplizierte und langwierige Verfahren zu

39605

Datum: _____	Visum: _____
Teil intern: _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert: Ja Nein

Priorität: Norm. Dring. Flash

Faktura:

Text erg.:

F.I.:

Absender: _____

Seite-Nr.: 7

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

vereinfachen, hat die UNO am 21.12.1989 beschlossen, auch fuer Nichtmitglieder - sofern sie sich an UNO-Aktivitaeten beteiligen - die Verwaltungskostenbeitraege in Form einer Pauschale und im voraus zu erheben (Resolution 44/197 B der Generalversammlung). Diesem Beschluss gingen Verhandlungen mit den betroffenen Nichtmitgliedstaaten voraus, bei denen die Schweiz eine zentrale Rolle spielte. Die Hoehe des Beitrages richtet sich nach dem Grad der Beteiligung einerseits und der Wirtschaftskraft andererseits. Fuer die Schweiz betraegt die Pauschale fuer die naechsten 5 Jahre 30 % jenes Betrages, den sie als Vollmitglied der UNO entrichten muesste. Fuer 1990 sind dies US\$ 2'562'416.--.

Bei der Festsetzung der Pauschale wurden auch jene Dienstleistungen der UNO beruecksichtigt, welche die Schweiz regelmassig beansprucht, ueber die jedoch bis jetzt nie abgerechnet wurde (u.a. Infrastruktur, Dokumente). Dadurch erhoehrt sich der jaehrliche schweizerische Verwaltungskostenanteil um rund 1 Million Franken. Die neue Regelung erachten wir als vernuenftig und gerecht. Der oefters gehoerte Vorwurf, wonach die Schweiz von UNO-Institutionen profitiere, ohne dafuer zu bezahlen, also gewissermassen als Trittbrettfahrer auftrete, wird gegenstandslos. Ausserdem ergeben sich auch fuer die Bundesverwaltung wesentliche administrative Vereinfachungen.

Mit Beschluss vom 27. Juni 1990 hat nun der Bundesrat dem neuen Berechnungsmodus zugestimmt und die sich daraus ergebenden Mehrkosten gutgeheissen. J.-P. Keusch.

Datei: _____ Visum: _____

Tel. Nr.: _____

An: EDA
Telegrammdienst
3003 Bern

dodis.ch/55151

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

8

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

--

--

--

--

--

--

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern: _____

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Bern, den 30. Juli 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 31/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Offizieller Besuch von Bundesrat J.-P. Delamuraz in Washington vom 23.-26. Juli 1990	2
2) Adhésion de la Suisse aux Institutions de Bretton Woods Visite à Berne d'une seconde mission du FMI	5
3) Besuch Staatssekretär Jacobis in Japan	7
4) Négociations sur l'Espace Economique Européen (EEE): 2ème séance au niveau du groupe de direction de la négociation (HLNG), Bruxelles 24/25.7.1990	14
5) Réunion du Comité des négociations commerciales de l'Uruguay Round au niveau des hauts fonctionnaires (23 au 26 juillet 1990, à Genève)	16
6) Session d'été de l'ECOSOC, Genève, 4-27 juillet 1990	19

1) o f f i z i e l l e r b e s u c h v o n b u n d e s -
r a t j . - p . d e l a m u r a z i n
w a s h i n g t o n v o m 2 3 . - 2 6 . j u l i 1 9 9 0

bundesrat delamuraz (brd) hielt sich vom 23.-26. juli 1990 zu gespraechen in washington auf und hatte dabei gelegenheit, die kabinettsmitglieder clayton yeutter (landwirtschaft) und carla nils (ustr), den stv. staatssekretaer eagleburger, die vertreter des kongresses, senator john heinz (r-pa) und representative dan rostenkowski (d-il), vorsitzender des house ways and means committees, sowie die chefs der multilateralen institutionen michel camdessus (imf), barber conable (weltbank) und enrique iglesias (idb) zu treffen. der aufenthalt wurde durch ein treffen mit dem amerikanischen praesidenten george bush gekroent.

der besuch in washington hatte zum ziel, den gespraechspartnern darzulegen, dass sich europa nicht allein auf die eg beschraenkt, sie ueber die zielsetzung der verhandlungen zwischen der eg und der efta zu informieren, den stand der uruguay-runde zu besprechen sowie die guten beziehungen mit den bretton woods-institutionen und der interamerikanischen entwickelungsbank zu festigen. dabei konnten zwei abkommen zur unterstuetzung der osteuropaeischen staaten mit der ibrd und der ifc unterzeichnet werden.

im vordergrund standen natuerlich die kontakte mit praesident bush und den kabinettsmitgliedern, die sich mit wirtschaftsfragen befassen. von amerikanischer seite wurden drei bereiche angesprochen: erstens die rolle der usa im europa von morgen, zweitens unsere vorstellung zur wirtschaftlichen und politischen integration osteuropas (vor allem ungarns, polens und der tschechoslowakei) in die institutionen westeuropas und drittens die angelegenheit des f-18.

das gespraech mit p r a e s i d e n t b u s h konzentrierte sich auf europa und lateinamerika. brd benuetzte die gelegenheit, die einladung von 1989 in erinnerung zu rufen. bush ist weiterhin an einem besuch in die schweiz sehr interessiert. es wird geprueft, ob ein solcher im zusammenhang mit der 700-jahrfeier organisiert werden koennte.

brd erlaeuterte praesident bush seine ueberlegungen zu den vogaengen in e u r o p a . fuer bush bleibt die amerikanische praesenz in europa ein faktor der stabilitaet, wobei die usa so lange dort bleiben werden, als dies von den europaeern selbst gewuenscht wird. wuerden diese und vor allem die regierung eines vereinigten deutschlands einen rueckzug der amerikanischen truppen gleichzeitig mit den sowjetischen verlangen, wuerde er sich, auch aus ruecksicht auf den kongress, diesem begehren nicht widersetzen. brd seinerseits vertrat die auffassung, dass die vereinigten staaten in europa weiterhin eine gewisse fuehungsrolle ausueben sollen, besonders in anbetracht der raschen politischen umwaelzungen und den damit verbundenen,

langwierigen und muhsamen wirtschaftlichen transformationsprozessen in osteuropa und der sowjetunion. der praesident will seine kontakte mit gorbatschew, fuer den er eine gewisse bewunderung hegt, noch intensivieren. eine moegliche hilfe an die udssr sei jedoch abhaengig von einer reihe von reformen, und er denke, dies sei gorbatschew klar. brd fuegte dem hinzu, es sei wichtig, gorbatschew zu unterstuetzen, damit dieser an der macht bleibe und dadurch die entwicklung in osteuropa nicht rueckgaengig gemacht werden koenne.

die schweiz habe nicht im sinne, einem eurozentrismus zu verfallen, erklaerte brd dem praesidenten weiter, auch wenn die verhandlungen mit der eg von grosser wichtigkeit seien. sie bleibe weiterhin offen fuer enge beziehungen mit den anderen erdteilen, insbesondere aber auch mit den laendern auf dem amerikanischen kontinent. unsere anstrengungen zugunsten osteuropas gingen nicht auf kosten der andern, sondern seien eine ergaenzung. deshalb werde die schweiz auch die anstrengungen der neuen demokratien in l a - t e i n a m e r i k a unterstuetzen.

bei der begegnung mit dem stellvertretenden staatssekretaer egleburger warf dieser auch die frage des f-18 auf. er drueckte die ueberraschung der usa ueber den kuerzlichen entscheidung des bundesrates in dieser sache aus. brd erlaeuterte die schweizerische haltung und wies insbesondere darauf hin, dass auch in der schweiz nach den juengsten ereignissen ueber eine "peace dividend" nachgedacht werde. er versicherte dem gespraechspartner, die neuevaluation des mirage 2000-5 werde nach den gleichen kriterien wie diejenige des f-18 durchgefuehrt. zum einschluss der schweiz in das neue lizenzfreie system des c o c o m im westwesthandel besteht nach dem gespraech mit eagleburger eine gewisse hoffnung, dass sich dies in naehr zukunft realisieren lassen koennte.

in bezug auf die verhandlungen der u r u g u a y - r u n d e konnte brd feststellen, dass alle seine gespraechspartner ernsthaft ueber den jetzigen stand besorgt sind. die in den kommenden monaten zu bewaeltigende aufgabe ist monumental. sowohl die usa wie die schweiz bleiben ueberzeugt, dass ein erfolg dieser runde vital fuer die weltwirtschaft ist und dass ein misslingen in einen regionalen protektionismus muenden wuerde. brd hat in all seinen gespraechen unterstrichen, dass unsere ambitionen in allen teilbereichen hoch bleiben muessen und dass die konzentration der amerikaner auf die landwirtschaft gefaehrlich sei. sowohl landwirtschaftssekretaer yeutter wie ustr hills scheinen diese auffassung zu teilen, ohne allerdings die entsprechenden konsequenzen zu ziehen und damit bei den verhandlungen in genf mehr flexibilitaet zu zeigen, welche auf einen durchbruch hindeuten koennte. beide begruenden diesen widerspruch damit, dass ohne ein ambitioeses resultat im landwirtschaftsbereich der kongress einem gesampaket nicht zustimmen werde.

bei den gespraechen mit den chefs des imfs und der weltbank stand die entwicklung in osteuropa im vordergrund. mit der unterzeichnung zweier abkommen ueber die errichtung von 'consultant trust funds' fuer diese laender konnte brd darlegen, dass die schweizerische unterstuetzung nicht nur verbal ist, sondern dass den absichten auch taten folgen. die schweiz war nebenbei bemerkt das erste land, das mit der weltbank und der ifc solche abkommen abschloss. zur sprache kam natuerlich auch unser beitritt zu den bretton woods-institutionen. die berechnungen, welche der imf aufgrund eines festen rasters erstellte und im rahmen einer zweiten mission am 24. juli in bern erlaeuterte, werden laut camdessus lediglich ausgangslage fuer die nun folgenden eigentlichen verhandlungen im mitgliedschaftskomitee sein. brd hat daraus die schlussfolgerung gezogen, dass die schweiz in den naechsten wochen und monaten ihre bilateralen kontakte wird verstaerken muessen.

2) Adhésion de la Suisse aux Institutions de Bretton Woods
Visite à Berne d'une seconde mission du FMI

Une seconde mission du FMI a été reçue à Berne le 24 juillet 1990 par le Conseiller fédéral Stich et le Président Lusser. Des entretiens ont également eu lieu avec le groupe d'experts de l'Administration fédérale et de la BNS. A cette occasion, la mission a donné connaissance de l'état de la réflexion au FMI quant au calcul de la future quote-part de la Suisse. Comme première base, le FMI se fonde sur une relation mécanique entre quote-part calculée et quote-part effective. Partant de la moyenne de divers groupes de pays (pays industrialisés, G-10, pays dont la quote-part calculée se situe dans une zone de plus et moins un tiers de la quote-part calculée de la Suisse), il a établi une fourchette pour la quote-part effective de la Suisse qui irait de 1,35 à 1,45 mia. de DTS.

La mission du FMI a toutefois reconnu qu'un tel chiffre ne constituait qu'un point de départ et ne rendait pas justice notamment au rôle international de notre place financière. En même temps, elle a précisé qu'elle ne serait pas en mesure, pour des raisons de principe, de proposer un supplément chiffré tenant compte des éléments spécifiques au cas suisse, et que la décision à cet égard serait entièrement laissée à l'appréciation du "Membership Committee". Le FMI fournira cependant, dans son rapport au Comité, des indications précises qui lui permettront de se déterminer en connaissance de cause.

Du côté suisse, un accent très clair a été placé sur la nécessité de tenir pleinement compte des facteurs spécifiques à la Suisse tant au plan économique (5e rang mondial de la Suisse au niveau des investissements directs à l'étranger et création de 600'000 places de travail hors de nos frontières) qu'au plan monétaire et financier (vocation créancière de la Suisse - contribution de 6 % aux AGE; rôle international du franc suisse - 6e rang mondial en tant que monnaie de réserve, 5e rang en matière de chiffre d'affaires sur le marché des changes; importance de la Suisse en tant que place financière internationale - part de 8,5 % au BIP, 3e rang mondial en ce qui

concerne les émissions d'emprunts internationaux, 4e rang au plan des dépôts en euro-devises). Sur cette base, la partie suisse a indiqué qu'elle continuait à considérer comme justifiée et appropriée une quote-part effective de plus de 2 mia. de DTS (base 8e révision des quotes-parts), et qu'un chiffre inférieur créerait une situation délicate au plan de la politique intérieure et nécessiterait une décision du Conseil fédéral dont on ne peut prévoir l'issue. La partie suisse a également fait état de sa préoccupation face au fait que la quote-part de la Suisse pourrait être biaisée par des considérations qui lui sont étrangères telles le niveau des quotes-parts d'autres pays. Elle a souligné que le plaidoyer suisse pour la création d'un 23e siège était bien le signe de notre volonté de ne pas menacer les positions acquises et non celui d'une ambition illégitime.

Selon les indications de la mission, le rapport du FMI sur la demande d'adhésion de la Suisse sera vraisemblablement distribué au Conseil d'Administration du FMI le 2.8.1990 (la Suisse ne figurera pas sur le distributeur et devra donc se le procurer par les moyens du bord). Suivra la constitution du "Membership Committee" et la désignation de son président (vraisemblablement le Canada). Le Comité se réunira fin août - début septembre, et sa décision sera communiquée à la Suisse. En cas de désaccord, une nouvelle réunion aurait lieu lors de laquelle la Suisse - même si elle a choisi un "parrain" - pourrait faire valoir directement son point de vue. Selon les idées (trop ?) optimistes avancées par la mission, la décision du "Membership Committee" devrait si possible tomber définitivement avant le 14 septembre 1990, date de la dernière réunion du Conseil d'administration du FMI avant l'Assemblée générale des institutions de Bretton Woods.

3) besuch staatssekretär jacobis in japan

h o e f l i c h k e i t s b e s u c h b e i a u s s e n m i n i s t e r t a r o n a k a y a m a (n) (25.7.90)

n. spricht zuhänden von bundesrat selber seinen dank fuer densihm am 2.7.90 in bern gewaehrten empfang aus. er bedankt sich ebenfalls fuer die geleisteten guten dienste im zusammenhang mit nordkorea. bei einer kurzen tour d'horizon kamen folgende trenen zur sprache:

situation auf der koreanischen halbinsel, wo n. einige fortschritte feststellt (vorgesehenes treffen der premierminister der beiden laender im kommenden sept.)

gipfel von houston: n. unterstreicht, dass nicht die absicht bestehe, aus g-7 eine institution mit entscheidungsbefugnissen zu schaffen, die fuer nichtteilnehmer verbindlich waeren. es gehe vielmehr um regelmaessige konsultationen. im zentrum des treffens von houston sei die hilfe fuer die sowjetunion gestanden, wobei uebereinstimmung herrschte, dass gorbatschow bei der realisierung der pere troika unterstuetzt werden sollte.
gatt: agrarproblematik. auf frage jac bezueglich der oeffnung der grenzen japans fuer reisimporte geht n. nicht ein.

schweizerischer beitritt zu den institutionen von bretton woods: n. raemte ein, nicht gewusst zu haben, dass die schweiz nicht dem imf angehoere.

g e s p r a e c h m i t v i z e - a u s s e n m i n i s t e r h i s a s h i o w a d a (o), 25.7.90

o. hebt die zwischen den beiden laendern herrschenden ausgezeichneten beziehungen hervor. die schweiz sei ein stabiler und berechenbarer partner. dies sei in der heutigen welt, wo sich schnelle und dramatische aenderungen vollziehen, von besonderer bedeutung.

jac spricht sich fuer vermehrte kontakte zwischen regierungsvertretern beider laender aus und laedt o zu einem besuch in der schweiz ein.

im bereich der bilateralen angelegenheiten erwaehnt jac die hohen japanischen zollsaetze auf einigen schweizerischen produkten, namentlich auf skischuhen aus kunststoff und weist im bereich des geistigen eigentums auf gewisse missbraeuche von marken und symbolen hin. er fordert im weiteren die eliminierung der verrechnungssteuer auf lizenzgebuehren. diese praxis stehe im widerspruch zum japanisch-schweizerischen doppelbesteuerungsabkommen und zum oecd-modellabkommen.

o. ist sich der problematik der hohen zollsaetze bewusst. diese haengen nicht mit der struktur der japanischen wirtschaft zusammen. 90 o/o sind kleine und mittlere unternehmen. leute von dova produzieren heute auch plastikschuhe. zollreduktionen sind innenpolitisch ausserordentlich heikel. es werde jedoch in diesem bereich fortschritte geben. im bereich des geistigen eigentums ist japan selbst vielfach opfer illegaler machenschaften. o. bittet uns um die nennung konkreter faelle. hinsichtlich der auf lizenzgebuehren erhobenen steuern wird japan seine gesetzgebung einer ueberpruefung unterziehen. dies im nachgang der von der oecd geplanten revision ihres dba-modelles.

jac orientiert ueber den entscheidung vom 2. juli 1990 der eidgenoessischen bankenkommission, japan 10 banklizenzen zu gewaehren, was o. mit der bemerking quittiert, dies sei ein schritt in die richtige richtung.

o. unterstreicht, dass japan gegenueber der schweiz im bilateralen bereich keine petita vorzubringen haben. sein land spreche sich im uebrigen fuer eine teilnahme der schweiz am "human frontier science program" aus.

jac legt unsere absicht eines beitriffs zu den brenton woods institutionen dar. es sei dies fuer uns

auch eine politische frage. o. hebt hervor, dass japan fuer einen schweizerischen beitritt sei.

jac bringt anschliessend das gespraech auf den gipfel von houston. o. unterstreicht, dass es keine tendenzen gaebe, die g-7 zu einem entscheidungsorgan auszugestalten, das auch fuer nicht-teilnehmer verbindliche beschluesse fassen koennte. es gehe nur darum, innerhalb der g-7 die politik zu koordinieren. beim diesjaehrigen gipfel sei schwergewichtig die hilfe an china und die sowjetunion diskutiert worden. bezueglich china habe uebereinstimmung geherrscht, dass die ereignisse von tienanmen nicht akzeptabel sind und dass der druck auf china aufrechterhalten werden muesse. die modernisierung der wirtschaft und des politischen systems sei weiterhin ein anliegen der chinesischen fuehrung. eine isolierung chinas sei zu vermeiden. bei der beurteilung der seit tienanmen eingetretenen entwicklungen haben sich unterschiede gezeigt. japan habe sich entschlossen, china wiederum kredite zu gewaehren, die der sozialen und industriellen entwicklung des landes dienen. diese seien vollstaendig ungebunden. japan verfolge damit keinerlei kommerzielle interessen.

jac orientiert ueber die schweizerische haltung (keine neuen konzessionelle kredite, reduktion der bilateralen kontakte, es gelte, die weiteren entwicklungen abzuwarten).

o. unterstreicht, dass man die vorgaenge in china anders zu beurteilen habe, als diejenigen in den laendern osteuropas, die opfer der stalinistischen expansionspolitik geworden sind. in china dagegen war die kommunistische revolution ein instrument zur verfolgung nationaler anliegen.

nach seiner beurteilung der entwicklungen im kambodscha - konflikt befragt, fuehrt o. aus, dass sich die regierung hun sen auf vietnam abstuetzte, das seinerseits von der sowjetunion unterstuetzt wird. vietnam bekommt den machterlust der sowjetunion zu spueren und fuehlt sich deshalb weniger stark. diesem umstand hat es rechnung zu tragen und muss sich mit china zu arrangieren versuchen.

ausdruck dieser neuen tatsache war der besuch des vietnamesischen ausenministers in peking in diesem jahr. anlaesslich des treffens zwischen hun sen und der sihanouk-gruppe in tokyo vom juni dieses jahres zeigte sich hun sen ueberraschend flexibel und vernuenftig. khieu samphan konnte trotz intensiven bemuehungen der japanischen diplomatie und selbst der chinesischen botschaft zu keiner kompromissbereitschaft veranlasst werden. diese von den kmers rouges an den tag gelegte starre haltung steht offenbar im zusammenhang mit deren militaerischer staerke. o. beurteilt den kuerzlich vollzogenen wechsel in der amerikanischen kambodscha-politik laengerfristig gesehen als einen schritt in die richtige richtung, kurzfristig kann es jedoch zu folge haben, dass china staerker partei fuer die kmers rouges ergreifen wird.

hinsichtlich der vertretung kambodschas in der uno raemt o. dem regime nun sens wenig chancen ein. sofern die sihanouk-gruppe keine mehrheit findet, koennte u.u. der sitz kambodschas leer bleiben. die australische initiative erachtet o. insofern als nuetzlich, als sie die uno ins spiel bringt. mit jac stimmt o. darin ueberein, dass eine uno-aktion in kambodscha nicht mit derjenigen in namibia zu vergleichen ist und sehr teuer zu stehen kommen wird. es gelte auch abzuklaeren, wie weit eine uno-^{engage-}ment gehen soll.

hinsichtlich der a s e a n bemerkt o., dass sich die mitgliedstaaten angesichts der divergierenden politischen ausgangspositionen auf die wirtschaftliche zusammenarbeit konzentrieren. in politischer hinsicht ist zu beruecksichtigen, dass im verhaelt- nis indonesiens zu china wegen des seinerzeit von der volksrepub- lik ueber die indonesische kp angezettelten umsturzversuches span- nungen bestehen. allerdings hat indonesien kuerzlich handelsbezie- hungen mit china aufgenommen. singapur will diesen schritt bald tun. fuer thailand andererseits stellt die udssr eine groessere be- drohung als china dar. trotz dieser und anderer divergenzen ist heute die asean fest verankert.

die a s i a t i s c h - p a z i f i s c h e z u s a m - m e n a r b e i t (a p e c) beurteilt o. als positiv. es ist wichtig, ueber ein instrument fuer den austausch von informationen zu verfuegen. allerdings gelte es der gefahr einer blockbildung zu begegnen. wenn sich die eg beispielsweise zunehmend zu einem wirtschaftsblock entwickelt, dann koennten andere organisationen wie die asean aehnliche massnahmen ergreifen. dies waere zu bedau- ern, da wirtschaftliche fortschritte vorwiegend in einem weltwei- ten handel erzielt werden. jac unterstreicht, dass die schweiz immer die auffassung vertrat, die regionale zusammenarbeit duerfe nicht den charakter von exklusivitaet gewinnen. europa duerfe nicht zu einer festung werden.

b e z i e h u n g e n j a p a n s z u r u d s s r, f r a - g e d e r s o g . n o r t h e r n t e r r i t o r i e s

o. informiert daruber, dass er sich ende dieser woche nach moskau begeben werde. schewardnaze kommt im sept. nach tokyo, wo gorbatschow im kommenden fruehjahr erwartet wird. fuer japan ist die rueckgabe der vier kurilen-inseln von hoher politischer bedeu- tung. die inseln wurden nach dem waffenstillstand vom 2. sept. 1949 besetzt und die bevoelkerung vertrieben. der heutige zustand ist folglich keine konsequenz einer restrukturierung nach dem krieg. japan ist bereit, mit der udssr enger wirtschaftlich zusammenzuarbeiten unter der bedingung, dass die kurilen-frage eine zufriedenstellende loesung findet. nach seiner einschaeztung koennte von gorbatschow eine geste erwartet werden. allerdings ist zweifelhaft, ob die sowjetische buerokratie die neuen vorgaenge in der welt nachzuvollziehen vermag. japan waere froh, wenn die internationale gemeinschaft den japanischen standpunkt gegenueber der udssr unterstuetzen und ihr verstaendlich machen koennte, was die sowjetunion durch eine flexible haltung gewinnen wuerde. auf eine frage jac fuehrt o. aus, dass die sowjetunion heute durch ein phase der dekolonialisierung geht. grobatschow befindet sich in europa in der lage eines generals, der nach einer verlorenen schlacht seine truppen neu formieren muss. fuer ostasien gilt dies jedoch nicht, mit ausnahme der vier suedlichstn kurilen und viel- leicht nodkorea. ansonsten befindet sie sich in dieser region in einem wettbewerb mit den usa und ist darum auf eine verbesserung ihrer beziehungen mit den asiatischen laendern bedacht.

ein besonderes interesse zeit o. an der e i n s c h a e t z u n g der e r e i g n i s s e i n e u r o p a durch die schweiz sowie an unserer politik hinsichtlich des integrationsprozesses.

jac fuehrt aus, dass wir fuer den willen japans, in irgendeiner form im rahmen der ksze mitarbeiten zu koennen, durchaus verstaendnis haben. hinsichtlich der frage einer institutionalisierung treten wir dafuer ein, dass der organisator des jeweils naechsten ksze-gipfels im rahmen der eigenen verwaltung ein sekretariat fuehren sollte. wir sind aber der auffassung, dass fuer gewisse spezielle sektoren, wie z.b. fuer den bereich der friedlichen streitbeilegung oder hinsichtlich des zu schaffenden mechanismus der abruestungskontrollen permanente institutionen geschaffen werden sollten. die schweiz waere bereit, einem derartigen sekretariat gastrecht zu gewaehren. jac erlaeutert ausserdem den stand bei den cfe-verhandlungen und ueber die aufgaben des naechsten ksze-gipfels, dem anschliessend verhandlungen betreffend cfe folgen muessten.

zur frage der schweizerischen neutralitaet und einem allfaelligen beitritt zur eg weist jac darauf hin, dass ein beitritt nur erfolgen koennte, wenn und soweit die eg keine politischen ziele verfolgt. wir haben die neutralitaet nicht nur im europaeischen, sondern in einem weltweiten kontext in betracht zu ziehen.

g e s p r a e c h m i t v i z e m i n i s t e r m i t i, n. s u z u k i (s.)

jac erwaehnt, dass er als delegierter fuer handelsvertraege 1983 mit bundesrat furgler letztmals in japan war. die liste der bilateralen petita gleicht derjenigen von 1983 sehr genau, indem sie den 27o/oigen zoll auf skischuhen sowie den zoll auf hartkaese und verarbeitetem kaese sowie auf "chocolate spread" enthaelt. er zeigt

besonders wenig verstaendnis fuer den skischuhzoll. indem skischuhe aus plastik und nicht mehr aus leder hergestellt werden. 1983 hatte japan als argument fuer den zoll den schutz der lederverarbeitenden dowa-leute vorgebracht.

s. hebt die zahlreichen gemeinsamkeiten zwischen der schweiz und japan hervor und stuft die bedeutung des skischuhproblems als eine der sehr seltenen und recht unbedeutenden ausnahmen vom freihandel ein. die antwort auf die schweizerische forderung muesse dieselbe bleiben wie 1983.

fuer jac ist das so dargestellte problem ein internes soziales problem japans, welches auch von japan selbst mit internen mitteln zu loesen sei, uebrigens genauso wie das auch in der schweiz mit ihren sozialen problemen geschehe. die schweiz habe nie quantitative restriktionen unterhalten, schon gar nicht gegen japan, obwohl der druck von anderen staaten dafuer sehr ausgepraegt war. er verlangt nun von japan schritte als honorierung der schweizerischen liberalen politik. diese liberale politik sei beispielsweise die ursache dafuer, dass die japanischen autoimporte die umfangreichsten sind, was in vielen andern europaeischen laendern wegen deren restriktiven massnahmen nicht der fall ist. s. wehrt sich gegen die idee, die plastikskischuhe isoliert zu betrachten. sie seien in japan teil der schuhindustrie, welche eben doch hauptsaechlich mit leder arbeite.

jac hat grosse probleme, dies zu verstehen. die schweiz kann unter sehr grossen druck geraten, im rahmen des freien marktes in europa die eg autoimportpolitik zu uebernehmen. dies moechte die schweiz nicht, steht aber auf schwachen fuessen, wenn sie nicht vollumfaenglich den gespraechspartnern darlegen kann, dass japan genau wie wir eine sehr liberale importpolitik verfolgt. in diesem rahmen stoert der skischuhzoll stark. fuer s. ist es international anerkannt, dass dort wo externe ungleichgewichte der wettbewerbsfaehigkeit bestehen, diese mit zoellen ausgeglichen werden koennen. die schuhe, namentlich die plastikskische, seien eben ein schwacher punkt der japanischen industriepolitik. mit dieser interpretation kann sich jac nicht einverstanden erklaren. gerade die tatsache, dass japanische skische auch exportiert werden, zeigten, dass sie nicht ausschliesslich einen schwachen punkt der japanischen industrieproduktion darstellen. auch die schweiz hatte schwache punkte, beispielsweise die autoindustrie, welche nicht geschuetzt wurde und demzufolge auch ausstarb. die

frage hat sich fuer jac zu einem wichtigen problem in den bilateralen beziehungen entwickelt, weshalb er nun ein klares zeichen sehen moechte, welches die liberale schweizerische handelspolitik honoriert. auch fuer s. sind fuer die aufrechterhaltung der guten beziehungen staendige anstrengungen notwendig, diese duerfen aber nicht auf kosten eines sektors gehen, welcher moeglicherweise sogar verschwinden kann. fuer ihn ist es bereits ein fortschritt, dass bei lederschuhen von quantitativen quota auf zoelle umgestellt wurde, dies in uebereinstimmung mit internationalen regeln.

auch diese interpretation geht fuer jac zu weit, denn wenn jeder handelspartner so denken wuerde, haetten wir lauter restriktive teilnehmer am internationalen handel. unsere handelsphilosophie gebietet uns, selbst wichtige sektoren nicht zu schuetzen, selbst auf die gefahr hin, dass sie verschwinden. als beispiel neben dem bereits erwaehnten autosektor erwaehnt jac auch die unterhaltungselektronik. diese ist nicht zuletzt deshalb verschwunden, weil die japanischen produzenten effizienter gearbeitet haben. wenn nun japan denkt, dass die schweizer skische kompetitiver seien, dann wird dies konsequenterweise halt zu einem verschwinden des japanischen skischuhsektors fuehren muessen.

auch das argument von s., dass nicht nur ein sektor, sondern moeglicherweise eine ganze volksgruppe ihrer lebensgrundlage entzogen wird, hat fuer jac keine internationale handelspolitische bedeutung, da internen strukturproblemen mit internen struktur- anpassungsmassnahmen zu begegnen ist. so wurden im schweizerischen beispiel die automobilarbeiter auf die uhrenproduktion umgepoolt.

fuer s. bleibt die tarifkation, welche im uebrigen seit einiger zeit im gatt auch fuer die loesung der landwirtschaftsprobleme empfohlen wird, die einzige moeglichkeit, fortschritte zu erzielen. beide gespraechsteilnehmer zeigen im uebrigen ihre tiefe durchschnittliche zollbelastung auf.

die schweiz.

jac wird unterhaendler ueber das gespraech informieren. er hofft allerdings, dass wir nicht auch einen "ganz speziellen fall" finden muessen.

zum schluss des gespraechs erkundigt sich s. ueber die schweizerische haltung zu einer multilateralen handelsorganisation (mto), welcher japan sehr positiv gegenuebersteht ist. fuer jac ist die form nicht sehr wichtig, entscheidend ist fuer ihn das resultat, indem er eine internationale, wirklich multilaterale organisation befuerwortet, welche die macht hat, ihre statuten auch effektiv durchzusetzen.

schliesslich informiert jac auf eine frage von s. stichwortartig ueber den mittelfristigen fahrplan aus schweizerischer sicht fuer die schaffung des ewr.

g e s p r a e c h m i t v i z e m i n i s t e r f u e r i n -
t e r n a t i o n a l e a n g e l e g e n h e i t e n d e s
f i n a n z m i n i s t e r i u m s m . u t s u m i (u .)

das gespraech wickelt sich in ermangelung groesserer probleme in sehr entspannter atmosphaere ab. jacnimmt Bezug auf die im fruehjahr erfolgten besuche von bundesrat stich und gouverneur lusser an, als dem mof der schweizerische beitrittswunsch zu den bretton woods institutionen dargelegt worden ist. zur zeit geht es darum, eine schweizerische quote festzulegen, welche nach unserem verstaendnis signifikant und mindestens so hoch wie diejenige der niederlande zu sein hat. wir haben realisiert, dass es nicht einfach sein wird, einen sitz im executiv board zu erhalten. jac weist aber darauf hin, dass die schweiz nicht gedenkt, ein bestehendes mitglied seines sitzes zu berauben. aus diesem grunde ist fuer uns die schaffung eines 23. sitzes die einfachste loesung. dieser sitz wird der sitz eines europaeischen industrialisierten landes sein, welches aber nicht der eg angehoert.

u. gibt seine unterstuetzung fuer unser anliegen, inklusive des 23. sitzes bekannt, indem er auf die schon bisher grosse bedeutung der schweiz im zusammenhang mit den bretton woods institutionen (grosser glaeubiger, gab) hinweist. er erkundigt sich auch, ob es bereits kandidaten fuer eine schweizerische gruppe geben wuerde. jac ist ueberzeugt, dass es keine schwierigkeiten geben werde, derartige laender zu finden, wenn die schweiz mit sicherheit ueber einen 23. sitz verfuegen kann. feste absprachen bestehen zur zeit keine.

jac kommt auch auf die nun guten bankenbeziehungen zu sprechen und erwaehnt in diesem zusammenhang, dass die ebk am 2. juli 10 bankenlizenzen fuer japanische finanzgesellschaften erteilt hat. dies ist ganz im sinne der qualitativen reziprozitaet. u. dankt fuer diese lizenzen und ruft in erinnerung, dass es noch weitere

japanische kandidaten fuer bankenlizenzen gebe, und gibt seiner hoffnung ausdruck, dass auf dem eingeschlagenen weg weitergegangen werde. die gegenwaertige situation bietet nach jac grosse klarheit, indem eine uebergangsfrist bis ende 1992 besteht, waehrend welcher die lizenzen umgewandelt werden sollten. wir werden aber keine haertefaelle provozieren, allerdings auch kein "grand-fathering" gewaehrleisten. die gute zusammenarbeit zwischen mof und fwd ist der beste garant fuer eine gute weiterentwicklung in diesem bereich.

jac erkundigt sich, ob in japan wie in den usa derselbe gesin-
nungswandel stattgefunden hat, indem nun beide laender damit ein-
verstanden sind, dass saemtliche sektoren des dienstleistungsbe-
reichs in der uruguayrunde unter ein etwaiges gats zu fallen
haetten. dieser interpretation stimmt u. vollumfaenglich bei. fuer

jac wird es dann auch wichtig sein, die entwicklungslander nicht zu vergessen, indem fuer sie spezielle regeln aufgestellt werden. diese haetten aber dann auszulaufen, wenn die bedingungen fuer deren gewaehrung nicht mehr gegeben sind. schliesslich ruft u. nochmals die vier japanischen bedingungen in erinnerung, welche erfuellt sein muessen, dass auch finanzdienstleistungen im gats integriert werden koennen:

1. verhandlungen sind von finanzexperten zu fuehren
2. vermeidung von "cross sector retaliation"
3. separate streitbeilegungsprozeduren (unter beizug von finanzexperten)
4. es wird noetig sein, spezielle bedingungen fuer aufsichtsrechtliche vorschriften zu erlassen.

k. jacobi:

4) Négociations sur l'Espace Economique Européen (EEE): 2ème séance
au niveau du groupe de direction de la négociation (HLNG),
Bruxelles 24/25.7.1990

Précédée d'une réunion interne AELE la veille, cette séance de négociation était présidée par M. H. Krenzler (KR) de la DG I alors que le Secrétaire d'Etat F. Blankart assumait la présidence de l'AELE.

En guise d'introduction, KR a rappelé que l'EEE faisait partie de l'engagement politique des ministres du 19.12.89 se rattachant à l'architecture européenne et que nous avons l'obligation de présenter un résultat. Le HLNG a examiné le résultat des travaux des groupes de négociation (GN) I à V. KR a relevé que le nombre de dérogations demandées était exceptionnellement élevé dans les GN I à III et que leur couverture affectait beaucoup les libertés. B a insisté pour que chaque dérogation soit jugée sur ses propres mérites et que dans le cas de la libre circulation des personnes des solutions spéciales devraient être trouvées pour des cas spéciaux (Suisse et Liechtenstein). KR a souligné avec satisfaction que l'identification de l'acquis pertinent était presque achevée dans les GN I à III et que leur travail était de bonne qualité. Les GN I à IV ont soumis un rapport conjoint au HLNG, qui, du côté de la CE, a reçu l'aval des Etats membres.

On retiendra les points suivants des divers groupes:

GN I (biens): pour KR la base de négociation ne peut être que l'acquis pour les normes plus élevées (santé, environnement, ...); la CE examinera une amélioration des règles d'origine, leur maintien étant toutefois nécessaire car les pays de l'AELE et la CE ne formeront pas une union douanière (fraude, régimes préférentiels de la CE à l'égard des pays tiers).

GN II (Services et capitaux): pour KR, les négociations bilatérales en matière de transport (route, aviation) devraient se poursuivre sans préjuger les négociations globales de l'EEE.

GN III (personnes): pour KR, d'après les exceptions demandées par la Suisse et le Liechtenstein, ces deux pays seraient exclus en permanence de la libre circulation des personnes, ce qui exige un examen très approfondi.

GN IV (politiques d'accompagnement): une différence subsiste entre les positions, KR n'attachant aux politiques d'accompagnement pas la même importance qu'à la réalisation des quatre libertés qu'il considère comme objectif principal du Traité sur l'EEE; B a insisté sur l'importance des politiques d'accompagnement pour les pays de l'AELE.

GN V (questions institutionnelles et juridiques): M. Dewost (présidence CE du GN V) a souligné que des efforts sont encore nécessaires pour garantir l'effet direct (pays nordiques), que pour la surveillance la CE était réticente pour un pilier mais voyait une entente possible pour 2 piliers, qu'en matière juridictionnelle une formation adjointe à la Cour de Justice des CE était envisageable, et que la CE recherche un système aussi simple et léger que possible pour le mécanisme de décision et la comitologie. Du côté AELE, M. Krafft a relevé que le lien entre l'organe judiciaire et la surveillance, ainsi que la comitologie exigent un dialogue approfondi; face aux divergences de vues dans le domaine institutionnel des solutions imaginatives sont nécessaires.

On relèvera enfin que KR a donné l'impression qu'une meilleure vue sur la substance (dérogations), c'est-à-dire sur la couverture de l'accord sur le plan des 4 libertés, était nécessaire pour progresser sur les institutions. Le HLNG se réunira à nouveau les 20/21.9.90 et examinera les travaux (identification conjointe complète de l'acquis, justifications des dérogations, techniques d'intégration de l'acquis et comitologie, et autres questions institutionnelles) des GN qui auront, dans l'intervalle, tous siègés conjointement.

5) **Réunion du Comité des négociations commerciales
de l'Uruguay Round au niveau des hauts fonctionnaires
(23 au 26 juillet 1990, à Genève)**

La réunion des hauts fonctionnaires avait pour objectif de prendre connaissance des "profiles" d'accord préparés par les quinze Présidents de groupes de négociation et de faire avancer la négociation sur tous les fronts. Cette rencontre à laquelle ont assisté les négociateurs en chef (pour la Suisse l'Ambassadeur de Pury) - y compris plusieurs sherpas - venus des capitales, était censée être une réunion clef de la négociation. Il suffit de lire le communiqué du sommet de Houston pour s'en convaincre. Or, il n'en a rien été. Aucune négociation véritable n'a eu lieu. Il n'y a eu qu'une succession de déclarations générales suivie d'une appréciation de l'état de la négociation par Arthur Dunkel et de la mise sur pied par ce dernier d'un programme de travail marathon pour les trois derniers mois de négociation (septembre, octobre, novembre).

Pourquoi cet "anti-climax" ou plutôt ce calme avant la tempête ? Il y a plusieurs raisons :

- Le sommet de Houston s'était péniblement mis d'accord sur un fragile compromis procédural en matière agricole, compromis qui tout en assurant que la négociation se poursuive, en cachait néanmoins les profondes divergences. Ayant obtenu de la Communauté que celle-ci accepte de mettre sur la table d'ici le premier octobre un inventaire complet de ce que l'on peut appeler la "masse théoriquement négociable" (mesures à la frontière exprimées si possible sous forme d'équivalents tarifaires, mesures internes, soutien à l'exportation), les Etats-Unis et le Groupe de CAIRNS ont préféré ne pas provoquer une crise en juillet. De peur que cette crise ne détruise le faible compromis de Houston, les pays exportateurs de produits agricoles se sont pour l'instant contentés de "vendre" le texte de Houston aux pays membres du GATT qui n'étaient pas présents à Houston. La crise a été reportée.

- Les deux grands (CEE et Etats-Unis) sont venus à Genève sans instructions de bouger sur les grands blocages de la négociation, notamment sur les textiles et l'agriculture. Ils ont donc préféré ne pas entrer pour l'instant en négociation sur tous les autres sujets du Round de peur de s'exposer à la pression générale sur ces deux grands dossiers.
- Le Directeur général du GATT, Président du TNC, a jugé préférable de faire lui-même la synthèse de tous les blocages de la négociation et de proposer un programme de négociation draconien pour la fin de l'année, plutôt que de provoquer une crise potentiellement incontrôlable et contreproductive.

La Suisse a été parmi les pays qui ont tâché de faire démarrer un dialogue négociatoire entre négociateurs en chef. Faute de pouvoir le faire formellement, elle a réuni le G-6 (USA, CEE, Canada, Japon, Suisse, Suède), le groupe des spécifistes agricoles (AELE, Japon, Corée, Tchécoslovaquie) et a eu d'innombrables contacts bilatéraux avec les délégations clef du cycle.

En matière agricole, la délégation suisse s'est surtout employée à faire démarrer la négociation sur les règles (distinction des formes de soutien à réduire de celles à ne pas réduire, paiements directs, exceptions à la tarification des mesures à la frontière, etc). Elle a en effet insisté sur la difficulté de préparer l'inventaire requis pour le premier octobre, sans parler des offres agricoles qui devront être soumises d'ici le 15 octobre, sans connaître les règles du jeu. Elle a obtenu une session de négociation sur les règles à fin août, lors de laquelle elle passera à l'offensive. La préparation, d'ici au premier octobre, de l'inventaire des mesures de protection et d'ici au 15 octobre des offres agricoles, représente un travail colossal, un travail qui - il ne faut pas se leurrer - sera à la fois technique, stratégique et politique.

La semaine n'a donc pas été inutile. Elle aboutit néanmoins au renvoi à plus tard d'une multitude de problèmes non résolus. A quatre mois de la fin d'une négociation aussi complexe et politiquement explosive que celle-ci, cette perte d'élan est préoccupante. Si l'on songe par exemple au fait que, lors du Tokyo Round, la négociation tarifaire a pris 18 mois, alors que dans l'Uruguay Round, elle ne fait que péniblement démarrer, tout en se heurtant à des blocages dus aux décalages entre les négociations agricoles, textiles et tarifs industriels, il y a de quoi craindre le pire.

C'est la raison pour laquelle Arthur Dunkel a eu raison de soumettre les négociateurs à un régime draconien jusqu'à la fin de l'année. Les négociateurs en chef restent de piquet et peuvent être rappelés à Genève à tout moment. Dès le 8 octobre, ces mêmes négociateurs, munis de pleins pouvoirs, seront à Genève et le marathon de négociation final s'enclenchera pour ne se terminer qu'à Bruxelles au début du mois de décembre, lorsque les ministres viendront mettre la dernière main au paquet final.

Il va sans dire que les trois mois de négociation qui restent vont être mouvementés. Le danger que plus la fin approche, plus la tentation d'une réduction des ambitions soit grande, est réel. Un autre danger tout aussi réel est que les Etats-Unis et la CEE commencent à conclure des deals, souvent au détriment des autres parties contractantes, ceci par exemple dans le domaine des règles. Les pays en développement sont déjà nerveux face à cette perspective et pourraient bien constituer une force de blocage dangereuse vers la fin de l'année. La délégation suisse fera tout ce qu'elle peut pour maintenir élevé le degré d'ambition des grands, pour assurer sa participation réelle à la phase finale de la négociation et pour jouer, là où cela est possible, un rôle de pont entre les pays industrialisés et les pays en développement.

6) session d'ete de l'ecosoc, geneve, 4-27 juillet 1990

l'ordre du jour de la session d'ete de l'ecosoc ne comportait guere de themes majeurs permettant de donner une impulsion salubre au conseil. c'est pourquoi les medecins ont continue de se pencher sur le chevet du malade et ont examine comment poursuivre l'exercice de revitalisation entame voici deux ans. les therapies proposees ont varie : d'un cote, le g77 s'est contente d'un projet de resolution purement procedural, recommandant la mise en oeuvre rapide des mesures deja decidees, ainsi qu'un inventaire des progres enregistres lors de la session d'ete du conseil en 1992 (donc apres les grandes conferences economiques a venir dans cet intervalle). de l'autre, les pi ont insiste sur une approche plus substantielle et globale evitant d'isoler la problematique de la revitalisation de l'ecosoc de celle plus generale de la restructuration du systeme economique onusien. le conseil s'est finalement prononce pour un compromis englobant les deux approches.

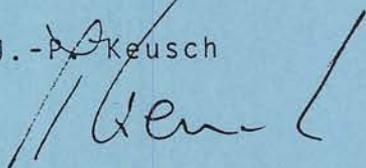
il a applique l'une des recommandations faites l'an passe en organisant un echange de vues informel sur les incidences des recentes evolutions est-ouest sur l'economie mondiale : reunissant les secretares executifs des principales organisations economiques concernees (fmi, crucesd, cee-onu, south commission, etc.), les panels (de meme que la discussion partiellement spontanee avec les delegations) ont ete tres bien accueillis et sont de bon augure pour la reunion a haut niveau prevue l'an prochain sur le meme sujet, quant a la substance de la discussion, elle a porte avant tout sur les risques de diversion.

outre le debat general centre sur les transferts de ressources et sur l'endettement (pas de position nouvelle a la veille du sommet de houston), le conseil a passe en revue - ne prenant que des decisions d'ordre procedural - les

autres points de l'ordre du jour, dont les principaux furent : activites operationnelles, etablisement d'un suivi a la declaration de l'assemblee generale sur la cooperation economique internationale, echanges de vues sur la strategie internationale du developpement, ou appui a la cooperation internationale sous coordination de l'atea pour l'apres-tchernobyl.

la delegation suisse s'est exprimee sur l'apres-tchernobyl et sur les activites operationnelles. elle a participe activement aux discussions et negociations informelles et a co-parraine le projet de resolution sur l'apres-tchernobyl. de riedmatten+

J.-P. Keusch



An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen:

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 31/90 du 30.07.1990
 (Anhang)

Visite de l'Ambassadeur Simonin (SI) en Amérique latine (Lima)

Le Chef de la division politique II se trouve au Perou depuis le 26 juillet pour représenter le Conseil fédéral aux ceremonies de transmission du pouvoir présidentiel à M. A. Fujimori, qui ont eu lieu le 28 juillet. Au cours de son séjour, si s'est entretenu avec différentes personnalités des milieux politiques et économiques peruviens. Il a rencontré en particulier M. Hernando de Soto, Président de l'institut libertad y democracia (institut de recherche politique, juridique, économique et sociale très influent dans le pays). Proche conseiller du Président Fujimori notamment pour ce qui est de l'élaboration d'un plan de modernisation institutionnelle et administrative. SI a également été reçu par les ambassadeurs A. Ramos Suero, sous-secrétaire de politique multilatérale, et J.A. Garcia Belaunde, sous-secrétaire pour les questions économiques, de coopération et d'intégration, qui ont fait état de la grave situation dans laquelle se trouve le Perou, caractérisée par la profonde crise économique et la violence, ainsi que par la perturbation de ses relations extérieures causée par le problème de la dette et, plus récemment,

87 80 000 39665

Datum: 30.07.1990
 Tel. intern. 30 53

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

par celui du trafic de drogue. Dans le cadre d'un déjeuner-débat, les représentants des milieux économiques suisses ont fait part à SI des difficultés qu'ils rencontrent dans leurs différentes activités, dans un contexte d'hyper-inflation (environ 2000 pour cent annuels) et d'imprévisibilité totale. Les hommes d'affaires ne restent pas moins relativement confiants à moyen terme, compte tenu des richesses naturelles et d'autres atouts dont dispose le pays, les ont également exprimé le voeu que la Suisse continue à soutenir ce pays dans la crise si délicate qu'il traverse. SI a encore rencontré les collaborateurs du bureau de coordination de la DDA ainsi que le Chef de la délégation du CICR, qui lui a brossé un tableau assez sombre de la situation des droits de l'homme au Pérou et en particulier des conditions extrêmement précaires dans les prisons. Avant de se rendre en Equateur, SI devait s'entretenir entre autre avec M. Luis Marchand Stens, nouveau Ministre des affaires étrangères et avec M. A. Rivero Monsalve, Secrétaire général et Vice-ministre des affaires étrangères. J.-P. Keusch.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern. _____

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Bern, den 30. Juli 1990

VERTRAULICH

Informations hebdomadaires 31/90 (Anhang)

Index:

Page

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| 1) Gespräch mit Vizeminister für internationale Angelegenheiten
des Finanzministeriums M. Utsumi | 2 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|---|

g e s p r a e c h m i t v i z e m i n i s t e r f u e r i n -
t e r n a t i o n a l e a n g e l e g e n h e i t e n d e s
f i n a n z m i n i s t e r i u m s m. u t s u m i (u.)

das gespraech wickelt sich in ermangelung groesserer probleme in sehr entspannter atmosphaere ab. jac schliesst an die im fruehjahr erfolgten besuche von bundesrat stich und gouverneur lusser an, als dem mof der schweizerische beitrittswunsch zu den bretton woods institutionen dargelegt worden ist, zur zeit geht es darum, eine schweizerische quote festzulegen, welche nach unserem verstaendnis signifikant und mindestens so hoch wie diejenige der niederlande zu sein hat. wir haben realisiert, dass es nicht einfach sein wird, einen sitz im executive board zu erhalten. jac weist aber darauf hin, dass die schweiz nicht gedenkt, ein bestehendes mitglied seines sitzes zu berauben, aus diesem grunde ist fuer uns die schaffung eines 23. sitzes die einfachste loesung. dieser sitz wird der sitz eines europaeischen industrialisierten landes sein, welches aber nicht der eg angehoert.

u. gibt seine unterstuetzung fuer unser anliegen, inklusive des 23. sitzes bekannt, indem er auf die schon bisher grosse bedeutung der schweiz im zusammenhang mit den bretton woods institutionen (grosser glaeubiger, gab) hinweist. er erkundigt sich auch, ob es bereits kandidaten fuer eine schweizerische gruppe geben wuerde. jac ist ueberzeugt, dass es keine schwierigkeiten geben werde, derartige laender zu finden, wenn die schweiz mit sicherheit ueber einen 23. sitz verfuegen kann. feste absprachen bestehen zur zeit keine.

jac kommt auch auf die nun guten bankenbeziehungen zu sprechen und erwaehnt in diesem zusammenhang, dass die ebk am 2. juli 10 bankenlizenzen fuer japanische finanzgesellschaften erteilt hat. dies ist ganz im sinne der qualitativen reziprozitaet. u. dankt fuer diese lizenzen und ruft in erinnerung, da es noch weitere

japanische kandidaten fuer bankenlizenzen gebe, und gibt seiner hoffnung ausdruck, dass auf dem eingeschlagenen weg weitergegangen werde. die gegenwaertige situation bietet nach jac grosse klarheit, indem eine uebergangsfrist bis ende 1992 besteht, waehrend welcher die lizenzen umgewandelt werden sollten. wir werden aber keine haertefaelle provozieren, allerdings auch kein "grandfathering" gewaehrleisten. die gute zusammenarbeit zwischen mof und fwd ist der beste garant fuer eine gute weiterentwicklung in diesem bereich.

jac erkundigt sich, ob in japan wie in den usa derselbe gesinnungswandel stattgefunden hat, indem nun beide laender damit einverstanden sind, dass saemtliche sektoren des dienstleistungsberreichs in der uruguayrunde unter ein etwaiges gats zu fallen haetten. dieser interpretation stimmt u. vollumfaenglich bei. fuer jac wird es dann auch wichtig sein, die entwicklungs-laender nicht zu vergessen, indem fuer sie spezielle regeln aufgestellt werden. diese haetten aber dann auszulaufen, wenn die bedingungen fuer deren gewaehrung nicht mehr gegeben sind. schliesslich ruft u. nochmals die vier japanischen bedingungen in erinnerung, welche erfuehrt sein muessen, dass auch finanzdienstleistungen im gats integriert werden koennen:

1. verhandlungen sind von finanzexperten zu fuehren
2. vermeidung von "cross sector retaliation"
3. separate streitbeilegungsprozeduren (unter beizug von finanzexperten)
4. es wird noetig sein, spezielle bedingungen fuer aufsichtsrechtliche vorschriften zu erlassen.

Interne Verteilerliste

Betrifft:

IH + DP 31/90 vom 30.7.90 (+Anhang)

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
<u>i.A. 22.14.7.3.</u>		
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter von Salis	VSG
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	HO
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAT
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Weltsi	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädgersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste + <u>Vertrauliche Umschläge:</u> - Hr. Loréтан, W 134 - Seeschiffahrtsamt, Basel - Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt) - alle Bundesräte (für Info hebdo)	Hr. Bill	BH

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP